



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 05. Dezember 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sfrev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Auf dem EU-Afrika Gipfel wurde vereinbart, dass die Gefangenenlager in Libyen „evakuiert“ werden sollen. Dieser Euphemismus beschreibt Abschiebungen in die Länder, aus denen sie geflohen sind. Er kann aber auch die Rückführung in Drittstaaten wie Tschad oder Niger bedeuten, wo die Lage als „stabil“ bewertet wird. Von dort aus soll dann über eine Aufnahme in Europa entschieden werden. PRO ASYL sieht damit die Abschottung Europas fortschreiten. Amnesty International hält zudem die geplanten Evakuierungen für unrealistisch. Weder sei bekannt, wie viele Menschen sich in den Lagern befinden würden, noch habe die libysche Regierung Kontrolle über viele der Lager. Es ist auch nicht bekannt, wie viele Menschen überhaupt in Libyen verharren müssen und nicht weiterfliehen können. Die geschätzten Zahlen reichen von 400.000 bis hin zu einer Million. Zwar versicherte der libysche Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch dem UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration, bei den Abschiebungen behilflich zu sein, doch würden die meisten Lager von Milizen kontrolliert. Das erste Lager, was geräumt werden soll, liege bei Tripolis. 3.800 Menschen würden dort leben.  
<http://www.dw.com/de/amnesty-international-evakuierung-libyscher-fl%C3%BCchtlinge-unrealistisch/a-41614811> (01.12.17)  
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/eu-afrika-libyen-migranten-rueckfuehrung-100.html> (30.11.17)
- 250 Menschen wurden von der Insel Lesbos in der Ägäis auf das griechische Festland gebracht. In den kommenden Tagen sollen bis zu 3.000 weitere Menschen die Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos verlassen können. Allein auf Lesbos befinden sich 8.500 Menschen, die Lager sind für 3.500 ausgelegt.  
<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.entlastung-der-aegaeisinseln-fluechtlinge-aus-ueberfullten-lagern-nach-athen-gebracht.ac296ea0-738d-4896-88e0-a46c12622824.html> (30.11.17)
- Der US Supreme Court hat das Einreiseverbot für Menschen aus bestimmten Staaten bestätigt. Nach wie vor ist es eine vorläufige Entscheidung. Gegen das Dekret von US-Präsident Donald Trump gab es mehrere Verfahren an US-amerikanischen Berufungsgerichten da es ausschließlich Staaten mit mehrheitlich muslimischen Gesellschaften umfasste. Trump löste das Problem, in dem er einfach Venezuela und Nordkorea auf der Liste hinzufügte. Das Einreiseverbot soll nun unbefristet gelten.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-erfolg-fuer-donald-trump-oberstes-gericht-erlaubt-einreiseverbot-fuer-muslime-a-1181729.html> (04.12.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Auf Initiative der bayerischen und sächsischen Innenminister Joachim Herrmann und Markus Ulbig hin wurde die Frage, ob wieder nach Syrien abgeschoben werden soll, auf die Tagesordnung der Innenministerkonferenz gesetzt. Offenbar nicht in Absprache mit der Union. Kanzleramtsminister Peter Altmaier und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder sprachen sich dagegen aus. Unterstützung erhielten Herrmann und Ulbig aus NRW. Der dortige Innenminister und Parteikollege Herbert Reul stellte sich hinter die Initiative.  
[http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-unionspolitiker-uneins-ueber-abschiebungen.1939.de.html?drn:news\\_id=822876](http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-unionspolitiker-uneins-ueber-abschiebungen.1939.de.html?drn:news_id=822876) (03.12.17)  
<http://www.migazin.de/2017/12/01/nrw-innenminister-fuer-abschiebungen-nach-syrien/> (01.12.17)
- Mehr als 1.000 Angriffe auf Geflüchtete hat es in diesem Jahr bereits allein außerhalb der Unterkünfte gegeben. 230 Menschen wurden dabei verletzt.  
[http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-zeitung-mehr-als-1-000-angriffe-ausserhalb-der.1939.de.html?drn:news\\_id=822541](http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-zeitung-mehr-als-1-000-angriffe-ausserhalb-der.1939.de.html?drn:news_id=822541) (02.12.17)
- In Deutschland wurden laut Eurostat im ersten Halbjahr 2017 fast 358.000 Entscheidungen über Asylanträge getroffen. In allen anderen 27 EU-Mitgliedsstaaten waren es knapp 200.000 womit zwei Drittel aller Entscheidungen auf die Bundesrepublik entfallen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gibt 388.000 Entscheidungen für die erste Hälfte des Jahres 2017 an. Jeder zweite ablehnende Bescheid des BAMF wird dabei von den Betroffenen mit einer Klage angefochten.  
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/deutschland-bleibt-wichtigstes-zielland-fuer-fluechtlinge-100.html> (04.12.17)
- Anhänger\*innen der Gülen-Bewegung, die aus der Türkei nach Deutschland geflohen sind, erhalten zum Teil ablehnende Asylbescheide. In denen kann dann stehen, dass es in der Türkei keine Folter gebe. „Veraltete Textbausteine“, wie das BAMF selber zugegeben hat. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch berichten inzwischen von Folter auf Polizeistationen und Gefängnissen. Erlassene Notverordnungen hätten den Behörden einen Blankoscheck für Folter und Misshandlung ausgestellt. Das BAMF sah den Fehler ein und will die Textbausteine nicht mehr verwenden. Seit Langem weisen NGOs immer wieder auf die qualitativ schlechte Arbeit der Behörde hin. PRO ASYL geht davon aus, dass tausende Ablehnungen allein wegen der Unprofessionalität der Behörde zustande gekommen sind. Dabei gehe es bei Asylentscheidungen um Schutz oder ein Leben in Unsicherheit. Eine Korrektur sei dringend notwendig.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkische-fluechtlinge-asyl-ablehnung-mit-veralteten-textbausteinen-1.3776033> (05.12.17)
- 100.000 bis 350.000 Euro, das ist das Spektrum der Rückzahlungsforderungen, die Bürg\*innen für die Aufnahme Fliehender nun erhalten. Im Jahr 2013 warben mehrere Bundesländer bei deutschen Staatsbürger\*innen, Bürgschaften aufzunehmen, um Fliehende aus Syrien schnell und unbürokratisch aufnehmen zu können. Die Rechtsauffassung der Länder, darunter Niedersachsen war, dass die Bürgschaft erlischt wenn die Betroffenen die Flüchtlingsanerkennung zugesprochen bekommen. Die Bundesregierung sieht das anders, inzwischen sind es bis zu fünf Jahre, in denen Kosten zurückverlangt werden können. Die Auffassung des Bundes bestätigte schlussendlich das Bundesverwaltungsgericht. Das Land Niedersachsen will nun die Initiative übernehmen und

von der Bundesregierung eine Lösung einfordern. Ein Fondsmodell wäre zum Beispiel vorstellbar.

[http://www.deutschlandfunk.de/niedersachsen-buerger-von-fluechtlingen-sollen-unsummen.1769.de.html?dram:article\\_id=402017](http://www.deutschlandfunk.de/niedersachsen-buerger-von-fluechtlingen-sollen-unsummen.1769.de.html?dram:article_id=402017) (30.11.17)

- Bis zu 3.000 Euro sollen Familien erhalten, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die sich zur „freiwilligen Ausreise“ entscheiden. Dies sei zwischen Dezember diesen und Februar nächsten Jahres möglich. Das bereits im Februar gestartete und nun ausgeweitete Programm „Starthilfe plus“ wurde bereits kaum von Geflüchteten wahrgenommen. Lediglich 8.639 Menschen hätten die Leistungen in Anspruch genommen. Der Geschäftsführende von PRO ASYL, Günter Burkhardt, kritisierte das Programm. Es sei vor allem die „Prämie“ skandalös, die ausgezahlt werde, wenn Menschen sich vor Abschluss des Asylverfahrens zu einer „freiwilligen Ausreise“ entschieden.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-angebot-fuer-rueckkehrer-1.3776563> (03.12.17)  
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/extra-zuschuss-bei-freiwilliger-ausreise-von-abgelehnten-asylbewerbern-100.html> (03.12.17)  
[http://www.deutschlandfunk.de/asylbewerber-kritik-an-neuer-ausreisepraemie.1939.de.html?drn:news\\_id=822853](http://www.deutschlandfunk.de/asylbewerber-kritik-an-neuer-ausreisepraemie.1939.de.html?drn:news_id=822853) (03.12.17)
- In München hat die Bundespolizei 17 Menschen am Bahnhof aufgegriffen. Sie waren aus Verona nach Deutschland weitergeflohen.  
<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/ostbahnhof-bundespolizei-greift-fluechtlinge-auf-1.3776614> (03.12.17)

## Hintergrund und Meinung

- Martin Steinhagen kommentiert kurz und prägnant unter dem Titel „Rechte Agenda“, dass die Pläne, nach Syrien abschieben zu lassen, die Debatte vergiften. Eine rechte Diskursverschiebung durch die Spitzenpolitik könne schnell Realität werden und deswegen sei sie so gefährlich.  
<http://www.fr.de/politik/meinung/kommentare/abschiebungen-rechte-agenda-a-1398594> (30.11.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [pr@sfrev.de](mailto:pr@sfrev.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [pr@rlcl.de](mailto:pr@rlcl.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**